

Niederschrift

über die 23. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **31.05.2012**, 17:07 Uhr - 20:28 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Georg Fehlauer (als Vertreter für Simone Wendland), Ludger Janning, Stefan Roth, Walter von Göwels, Stefan Weber,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Inge Jachmann (anwesend ab 17.20 Uhr), Mathias Kersting, Isa Müller-Ehrenberg (als Vertreterin für Inge Jachmann bis 17.20 Uhr), Kurt Pölling, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Carsten Peters, Reinhard Scholz, Christine Schulz (als Vertreterin für Jörn Möltgen),

von der FDP-Fraktion

Bernd Mayweg, Jürgen Reuter,

von der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn, Irmgard Hilgensloh, Uwe Raffloer, Renate Saltzmann-Stoll, Franz-Josef Sauer, Christoph Thiel, Dr. Georgios Tsakalidis, Patrik Werner,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Gerd Franke, Jörg Krause, Dirk Lohaus, Michael Milde, Marion Philipp, Andreas Pott, Michaela Robert, Gerhard Rüller, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Reimer Stoldt, Michael Tegtmeier, Siegfried Thielen,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Jörn Möltgen, Simone Wendland,

Gäste:

zu TOP 5.1.:

Frau Christine Wiese, Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine

Herr Marco Stapelmann, AD HOC Gesellschaft für Public Relations mbH

zu TOP 5.2:

Frau Isabella Lohmann

Herr Jörg Preckel, PFEIFFER · ELLERMANN · PRECKEL GmbH

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 23. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 31.05.2012

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
- 4. Anträge und Eingaben**
 - 4.1. Antrag des Sachkundigen Einwohner Herrn Werner zur Promenadenunterführung Mauritzstraße
 - 4.2. zur Eingabe "Umstrukturierung der Buslinie 2 bis Waldfriedhof Lauheide" des Schulbauernhofs Emshof auf Änderung der Fahrzeiten und Anbindung/Verbund mit Telgte
 - 4.3. zur Eingabe "Reformen im Stadtbusverkehr"
- 5. Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung**

5.1. Ausbau Dortmund-Ems-Kanal - aktueller Sachstand
externe Berichterstattung durch das Wasser- und
Schifffahrtsamt Rheine

5.2. Bauvorhaben "ehem. Dresdener Bank" Königstra-
ße/Ecke Rothenburg
Vorstellung durch den Bauherrn und den Architekten

6. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft

V/0145/2012/1
V

6.1. Abwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsrege-
lung in der Stadt Münster

Antrag der CDU Fraktion an den Rat Nr. A-
R/0041/2011 vom 23.05.2011
"Flächenverbrauch stoppen: Keine Heranziehung wei-
terer landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichs-
und Ersatzmaßnahmen"

Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-
R/0080/2011 vom 06.12.2011
"Nutzung des Instruments der Ausgleichszahlung nach
§ 13 Bundesnaturschutzgesetz"

V/0287/2012
V

6.2. Maßnahmeprogramm Wohngebiet Kinderhaus-
Brüningheide: Jahresbericht 2011

6.3. schwimmende Studentenwohnungen
mündlicher Bericht

7. Stadtplanung

V/0035/2012
III

7.1. Entwicklung des Quartiers "Hörster Parkplatz" / Bült /
Hörsterstraße / Korduanenstraße

8. Verkehr

V/0923/2011
III

8.1. Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicher-
heitsprogramms

V/0924/2011
III

8.2. Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrs-
sicherheitsprogramms

V/0039/2012
III

8.3. Kappenberger Damm/Düesbergweg/Geringhoffstraße
- Ausbau von barrierefreien Haltestellen (Maßnahme
im Haltestellenprogramm 2012) und Beseitigung einer
Unfallhäufungsstelle

V/0451/2011/1
III

8.4. Planungsbeschluss neue Fußgängersignalanlage
Kappenberger Damm/Werneweg/Kriegerweg

- | | | |
|---------------------------|------------|--|
| <u>V/0560/2011</u>
III | 8.5. | Ausbau der Fußgängerampel Westfalenstraße/An der Alten Kirche/Friedhofstraße zur Kreuzungsampel Planungsbeschluss |
| <u>V/0906/2011</u>
III | 8.6. | Querungssituation an den Lichtsignalanlagen Albersloher Weg/Homannstraße und Blaukreuzwäldchen |
| <u>V/0054/2012</u>
III | 8.7. | "Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen"
Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. A-R/0032/2009 |
| <u>V/0163/2012</u>
III | 8.8. | Ergänzung der Lichtsignalanlage Warendorfer Straße/Dechaneistraße/Wiener Straße

hierzu auch: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag aus der Sitzung am 03.05.2012 |
| <u>V/0299/2012</u>
III | 8.9. | Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des Kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) ab 2013 |
| <u>V/0391/2012</u>
III | 8.10. | ÖPNV-Förderung gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW in Münster |
| <u>V/0181/2012</u>
III | 8.11. | Dorbaumstraße - Ausbau des gemeinsamen Geh- und Radweges auf der Nordseite zwischen Am Hof zur Linde und dem Anschluss östlich Wersedaiepe und barrierefreier Ausbau der Haltestelle Drostestraße, stadteinwärts (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2013) |
| | 9. | Bauvorhaben |
| | 9.1. | Martin-Luther-King-Weg - Neubau Bürogebäude |
| | 10. | Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende Herr Fastermann stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Fastermann verpflichtete Herrn Sagel als neues Mitglied im Ausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Fastermann beantragte für die SPD-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 7.1 und 8.9 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Reuter beantragte für die FDP-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 8.7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Weber beantragte für die CDU-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 8.8 von der Tagesordnung abzusetzen. Die zu diesem Tagesordnungspunkt ergänzende Stellungnahme der Verwaltung war erst zu Beginn der Sitzung vorgelegt worden.

Der Ausschuss beschloss diese Absetzungen einvernehmlich.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung**Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.**

Die Anwesenheit der Vorlagenersteller war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 6.1, 8.4 - 8.6 sowie 8.11; für die übrigen Tagesordnungspunkte wurde sie erbeten.

Punkt 3 der Tagesordnung**Mitteilungen****der****Verwaltung**

Herr Schowe wies darauf hin, dass als schriftliche Mitteilungen verteilt worden waren:

- Außengastronomie in der Innenstadt
- Zwischennachricht Verkehrskonzept für das Hafen-/Ostviertel
- Nächtliches Tempolimit auf den Autobahnen in Münsters Stadtgebiet.

Mündlich informierte er über die Freischaltung des Internetangebotes zur Konversion: <http://www.muenster.de/stadt/stadtplanung/konversion.html> .

Zudem teilte er mit, dass es zur geplanten Erweiterung der Tank- und Rastanlagen Münsterland Ost und West auf der BAB A1 nur einen Zwischenstand gebe: der Landesbetrieb Straßen.NRW habe mitgeteilt, dass die Untersuchung von Standortalternativen in den nächsten Wochen abgeschlossen werde.

Herr Schultheiß berichtete, dass im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung der Käserei Söbbeke auf der Südseite des Stadthafens vorbereitende Maßnahmen anstehen: die bestehenden Gebäude auf der Fläche werden abgebrochen; zudem werde im Sommer der bereits angekündigte Wettbewerb durchgeführt.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anträge und Eingaben**

Herr Fastermann gab vier Anträge bekannt:

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 31.05.2012 „Aufnahme eines Bebauungsplanverfahrens im Bereich Kleikamp/Brunnenviertel“, vgl. Anlage 1;
- gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion vom 31.05.2012 „Internet-Zugang in Münsters Bussen“, vgl. Anlage 2;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 31.05.2012 „Sicherung und Verbesserung der Infrastruktur in Münster-Nienberge“, vgl. Anlage 3;
- Antrag der CDU-Fraktion vom 31.05.2012 „Anregung an die Verwaltung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 530 St. Mauritz – Schmittingheide / Eltropweg / Hegerskamp“, vgl. Anlage 4.

Er wies daraufhin, dass mehrere Änderungsanträge verteilt wurden, die im Zusammenhang mit den jeweiligen Tagesordnungspunkten eingebracht wurden.

Eingaben waren nicht bekannt zu geben.

Punkt 4.1 der Tagesordnung**Antrag des Sachkundigen Einwohners Herrn Werner zur Promenadenunterführung Mauritzstraße**

Herr Werner begründete seinen Antrag. Die Verwaltung hatte zur Sitzung eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Darin wurde vorgeschlagen, dem Antrag nicht zu folgen.

Herr Schultheiß erläuterte jedoch auch, dass sich die Kostenschätzung für die geplante Baumaßnahme seit der Beschlussfassung des Ausschusses zur Planung nahezu verdoppelt hätten. Daher schlage die Verwaltung vor, sie unter dieser Kostenprämisse nicht zu realisieren; folgerichtig würden danach auch keine Vorbereitungen von Baubeschlüssen getroffen.

Der Ausschuss schloss sich diesem Vorschlag der Verwaltung wurden einvernehmlich an. Der Antrag von Herrn Werner war damit erledigt.

Punkt 4.2 der Tagesordnung**zur Eingabe "Umstrukturierung der Buslinie 2 bis Waldfriedhof Lauheide" des Schulbauernhofs Emshof auf Änderung der Fahrzeiten und Anbindung/Verbund mit Telgte**

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 4.3 der Tagesordnung**zur Eingabe "Reformen im Stadtbusverkehr"**

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung**Tagesordnungspunkte mit externer Berichterstattung****Punkt 5.1 der Tagesordnung****Ausbau Dortmund-Ems-Kanal - aktueller Sachstand****externe Berichterstattung durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine**

Herr Fastermann begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Projektleiterin Frau Wiese vom Wasser- und Schifffahrtsamt sowie Herrn Stapelmann von der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Agentur.

Frau Wiese nahm vor dem eigentlichen Vortrag Bezug auf die aktuellen Presseberichte zu den Erhaltungsarbeiten an der Brücke Wolbecker Straße. Sie bestätigte, dass diese Arbeiten als reine Verkehrssicherungsmaßnahmen für die Fußwege durchgeführt werden müssten und in dieser Weise mit der Stadt abgestimmt seien. Gleiche Arbeiten würden auch noch für die Pleistermühlenweg-Brücke erforderlich.

Sodann erläuterte sie die aktuellen Informationen zum Ausbau der Stadtstrecke des Dortmund-Ems-Kanals, die in einem Folienvortrag dargestellt worden waren. Dieser Vortrag wurde den Fraktionen im Nachgang zur Sitzung zur Verfügung gestellt.

Sie berichtete zur Bauzeitenplanung mit den Teilaspekten Neubau von Kreuzungsbauwerken, Ausbau des Kanalbetts und gab eine Gesamtübersicht. Sodann stellte sie die Baumaßnahmen ab 2012 vor, die als erste mit dem Neubau Petershafen-Düker, nachfolgend mit dem Neubau Schillerstraßen-Brücke und Stadthafen-Düker und dem Neubau Laerer-Landweg-Brücke geplant seien. Anschließend gab sie einen Ausblick auf die Baustellenandienung nördlich der Laerer-Landweg-Brücke.

Die Gesamtübersicht umfasste den Zeitraum 2012 bis 2022. Nach Abschluss der Arbeiten an den Querungsbauwerken erfolge der eigentliche Ausbau der Stadtstrecke: der südliche Teil von der Loddenheide bis zur Wolbecker Straße im Zeitraum Juli 2018 bis Juni 2020 sowie der nördliche Teil von der Wolbecker Straße bis zur Warendorfer Straße ab Juli 2019 bis Juni 2021. Es sei jeweils ein Jahr Bauzeit je Seite eingeplant, die als Wanderbaustelle von 500m-Länge verlaufen werde.

Die Vorstellung der konkreten Maßnahmenabwicklungen mit den Aspekten Dauer der Bauphase, Baustellenverkehre, Sperrungen bzw. Umleitungen und Reihenfolge im Bauzeitenplan löste im Ausschuss vielfältige Nachfragen und konstruktive Kritik aus.

Es wurde konstatiert, dass die Maßnahme als solche in der Planung festgestellt sei, so dass nicht das Ob wohl aber das Wie zu hinterfragen sei.

Die Belastungen für die Anlieger seien gravierend. Die Anzahl der notwendigen LKW-Fahrten neben den Transportmöglichkeiten über den Wasserweg sei überraschend hoch. Vor allem betroffen seien die Anwohner im Wohngebiet an der Wolbecker Straße / Verfürthweg. Diese müssten nach der aktuellen Planung mit enormen Belastungen für die gesamte Bauzeit an der Stadtstrecke rechnen. Umso wichtiger sei es, nach Alternativen in der Durchführung zu suchen, die diese Belastungen abmildern können.

Konkret wurde dringend empfohlen, die Maßnahme Neubau der Warendorfer-Straßen-Brücke / Mauritzer-Eisenbahn-Brücke zeitlich vorzuziehen. Damit ergäbe sich die Möglichkeit, die

Baustellenandienungen auf der DEK-Ostseite von Norden mit einer Zufahrt über die Straße Wilhelmshavenufer abzuwickeln.

Eine weitere Alternative für die Andienung der Baustellenbereiche auf der DEK-Ostseite für den Neubau der Pleistermühlenweg-Brücke, des Graef-Dükers, des Kloster-Dükers und der Prozessionsweg-Brücke besteht aus Sicht der Verwaltung über eine Anbindung von Westen über die Manfred-von-Richthofen-Straße, die ab Ende 2015 neu errichtete Laerer-Landweg-Brücke und weiter über eine herzurichtende Behelfszufahrt über die Straße Mauritz Dahl. Diese Alternative ist bereits im Rahmen der Stellungnahme der Stadt Münster zum Entwurf der Ausschreibungsunterlagen für den Neubau der Laerer-Landweg-Brücke angeregt worden. Damit könnte die zeitliche Belastung einer Baustellenzufahrt für die Anwohner im Wohngebiet an der Wolbecker Straße / Verfürthweg auf etwa die Hälfte der bislang veranschlagten Zeit reduziert werden.

Diese Alternative wurde im Ausschuss aber kritisch gesehen.

Für alle Maßnahmen wurde eine intelligente Baustellenlogistik und Rücksichtnahme auf Stoßzeiten im Verkehr und insbesondere im Umfeld von Schulen angemahnt.

Es sei dringend erforderlich, auch in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den unmittelbar Betroffenen, darzustellen, welche Veränderungen die Neubauten der Brücken mit sich bringen und wie die Auswirkungen durch die neuen Rampenfußpunkte, Rampenlängen und -steigungen bedingt durch die neuen Durchfahrtshöhen der Brücken sein werden.

Wenn es möglich sei, die Belastungen zu verkürzen, sollte dieses nicht an den finanziellen Mitteln beim Bund scheitern dürfen.

Sehr wohl sei Politik bereit, sich für die Akzeptanz der Maßnahmen vor Ort einzubringen. Dieses setze jedoch voraus, dass die geplante Öffentlichkeitsarbeit als Dialog durchgeführt werde und der Maßnahmenträger offen sei für alternative Lösungen. Dringend wurde empfohlen, die Informationen an die Öffentlichkeit so frühzeitig wie möglich zu geben; hier sei der vorgesehene 2-Monats-Abstand zum jeweiligen Baubeginn sehr kurz.

Herr Fastermann führte die Diskussion zusammen, indem er in seinen Dank für den Besuch das ausdrückliche Angebot der Berichterstatter einbezog, im Gespräch zu bleiben. Gemeinsames Ziel müsse es sein, eine möglichst verträgliche Abwicklung für die Bürgerschaft zu erzielen.

Dann wurde dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

Punkt 5.2 der Tagesordnung

Bauvorhaben "ehem. Dresdener Bank" Königstraße/Ecke Rothenburg

Vorstellung durch den Bauherrn und den Architekten

Herr Fastermann begrüßte Frau Lohmann und Herrn Preckel zur Berichterstattung.

Dieser berichtete über die umfassend geplanten Umbau- und Sanierungsmaßnahmen des Gebäudes der ehemaligen Dresdner Bank an der Königstraße / Ecke Rothenburg. Die Planung stelle bereits eine Überarbeitung nach der zweimaligen Erörterung im Gestaltungsbeirat dar. Der Kernbau bleibe unangetastet, das Dach werde durch ein neues Geschoss mit Flachdach ersetzt. Damit solle das Dach, das in seiner heutigen Form und Farbgebung nicht münsterspezifisch sei, der Architektursprache der gegenüberliegenden Bebauung der Münster-Arkaden und des Kettler'schen Hofes angelehnt werden. Die heutige Vorstellung des Vorhabens werde mit

der Bitte an den Ausschuss verbunden, der Planung in den Grundzügen zuzustimmen, um das Vorhaben im weiteren Prozess weiter zu profilieren und zu konkretisieren.

Eine wesentliche Frage im Ausschuss bezog sich auf die Dachform, die eine Abweichung von der Altstadtsatzung erforderlich macht.

Positiv gewürdigt wurde die sehr frühzeitige Einbindung der Politik in die Planung und die Bereitschaft, sich den Bearbeitungsempfehlungen des Beirates für Stadtgestaltung zu stellen. Das Gebäude stehe an einem markanten Punkt. Es sei wichtig, das richtige Maßverhältnis zwischen Bestandsgebäude und dem zweigeschossigen Aufbau zu finden.

Frühzeitig wurde angeregt, dass im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben für die Haltestelle vor dem Gebäude auch geprüft werden solle, ob diese zukünftig einen barrierefreien Ausbau erhalten könne.

Zum weiteren Verfahren sprach sich der Ausschuss einvernehmlich dafür aus, den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates zu folgen und die Weiterentwicklung dieses Projektes nach der Sommerpause erneut im Ausschuss vorzustellen. Dabei solle die Maßstäblichkeit des Daches durch Einfügung in das Stadtmodell beurteilt werden.

Herr Fastermann bedankte sich bei den Gästen für ihre Berichterstattung und schloss diesen Tagesordnungspunkt.

Punkt 6 der Tagesordnung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft
---------------------------------	--

Punkt 6.1 der Tagesordnung V/0145/2012/1	Abwicklung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in der Stadt Münster Antrag der CDU Fraktion an den Rat Nr. A-R/0041/2011 vom 23.05.2011 "Flächenverbrauch stoppen: Keine Heranziehung weiterer landwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen" Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0080/2011 vom 06.12.2011 "Nutzung des Instruments der Ausgleichszahlung nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz"
---	--

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag in der Fassung der vorgelegten Ergänzungsvorlage E 1 zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht zur Abwicklung der Eingriffsregelung wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die gesetzliche Eingriffsregelung insbesondere unter der Prämisse der Reduzierung des Verbrauchs landwirtschaftlich genutzter Flächen für Ausgleich und unter Einbeziehung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sowie von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen zu vollziehen. Hierbei stellt die Gesamtkonzeption zur Abwicklung der Eingriffsregelung die Handlungsgrundlage dar.
3. **Das Handlungskonzept „Eingriffs- und Kompensationsmanagement“ wird künftig alle fünf Jahre überprüft, um sicherzustellen, dass die bestehenden Kompensationsinstrumente (Realkompensation, Ersatzgeldzahlungen, PIKS etc.) stets angemessen oder andernfalls anzupassen sind.**
4. **Die Verwaltung wird gebeten, im Fachausschuss jährlich darüber Bericht zu erstatten, wieviel Geld im Topf der Ersatzgeldzahlungen verfügbar ist, dazu sind die im jeweiligen Jahr geplanten Maßnahmen aufzulisten.**
5. **Die Verwaltung wird gebeten, dem Fachausschuss zukünftig in den betreffenden Verwaltungsvorlagen Flächenverbrauch und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu bilanzieren. Darüber hinaus wird dem AUB jährlich eine Bilanz vorgelegt. Dabei sind die noch vorhandenen Flächenressourcen und mögliche Verknappungen ebenfalls darzustellen.**
6. **Zur Einrichtung und Führung von Ökokonten sowie deren Handhabung ist für Politiker, Verwaltung und betroffene Grundstückseigentümer eine Infoveranstaltung durchzuführen. Ergebnisse dieser Arbeitssitzung werden im AUB vorgestellt.**
7. Die Anträge der CDU- und SPD-Fraktionen werden im Rahmen der rechtlichen und fachlich sinnvollen Möglichkeiten/Bedingungen umgesetzt und sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten oder Folgekosten entstehen.

Punkt 6.2 der Tagesordnung V/0287/2012

Maßnahmeprogramm Wohngebiet Kinderhaus- Brüningheide: Jahresbericht 2011

Frau Robert wurde um einen kurzen Bericht zu den wesentlichen Inhalten der Vorlage gebeten.

Sodann beantwortete sie Nachfragen aus dem Ausschuss.

Der Ausschuss nahm diesen Bericht mit Dank zur Kenntnis.

Punkt 6.3 der Tagesordnung

schwimmende Studentenwohnungen

mündlicher Bericht

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL hatte beantragt, diesen Sachpunkt zu behandeln.

Herrn Thielen erläuterte mit Bezug auf die Berichterstattung in der Presse, warum der Vorschlag, eine Pontonanlage im Stadthafen für schwimmende Studentenwohnungen zu errichten, an dieser Stelle nicht befürwortet werden könne. Insbesondere fehle es an der erforderlichen

Infrastruktur und zudem sei zu beachten, dass der Stadthafen der Gewerbenutzung vorbehalten sei.

Unabhängig davon bestätigte Herr Thielen, dass die Verwaltung mit dem betreffenden Investor weiter über andere Standorte im Gespräch sei und temporäre Lösungen konstruktiv begleiten würde.

Frau Bennink (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) stellte fest, dass es einen enormen Druck gäbe, alle zukünftigen Studenten mit Wohnraum zu versorgen. Daher nehme ihre Fraktion zur Kenntnis, dass die Verwaltung für alle Möglichkeiten offen sei.

Dieses nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung	Stadtplanung
---------------------------------	---------------------

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0035/2012	Entwicklung des Quartiers "Hörster Parkplatz" / Bült / Hörsterstraße / Korduanenstraße
---	---

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 8 der Tagesordnung	Verkehr
---------------------------------	----------------

Punkt 8.1 der Tagesordnung V/0923/2011	Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicher- heitsprogramms
---	---

Die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 mit den Vorlagen V/0923/2011 und V/0934/2012 wurden zusammenhängend beraten.

Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zu diesen Vorlagen ein:

„Sicherheit im Verkehr hat Priorität

Änderungsantrag zu den V/0923/2012 und V/0924/2012

Beschlussvorschlag:

- A. Das Verkehrssicherheitsprogramm hat sich im Grundsatz bewährt und wird fortgeführt.
- B. Die zur Fortsetzung erforderlichen Mittel werden im Rahmen der Haushaltsberatung durch Umschichtung innerhalb der Straßenbau-Budgets des Tiefbauamtes bereit gestellt.
- C. Die Verteilung auf die Jahre erfolgt so, dass die Radwegerevision (Prio 1) bis 2017 einschließlich abgeschlossen ist.
- D. Wo möglich, werden Investitionen zur Verbesserung des Radverkehrs über den Topf der Stellplatzablösemittel finanziert.

- E. Der Personalbedarf für Planung und Bau (2 x 2 Stellen) soll bis 2017 befristet abgedeckt werden. Die Entscheidung wird mit Beschluss über Haushalts- und Stellenplan getroffen.

Darum werden die Beschlussvorschläge der Vorlagen wie folgt geändert:

Beschlusspunkt 1 der Vorlage 923/2012 lautet neu:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z. Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung *und angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mitteln aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen bereit gestellt werden müssen.*

Die Beschlusspunkte der Vorlage 924/2012 lauten neu:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z. Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung *und angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mitteln aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen bereit gestellt werden müssen.*
2. Wie in der Vorlage V/0923/2011 dargestellt kann das vom Rat beschlossene Verkehrssicherheitsprogramm 2009 bis 2013 nicht abgeschlossen werden und soll fortgeführt werden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass dafür ein zusätzlicher Finanzbedarf (für Sachkosten) ab 2014 ff in Höhe von 2,2 Mio. € entsteht. Diese Finanzmittel sind anteilig für die Jahre 2014 und 2015 bereits im Haushaltsplan 2012 berücksichtigt. ~~und werden nach der Finanzierbarkeit angepasst.~~
3. Die Verwaltung wird ~~unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der jeweiligen Haushaltssituation~~ beauftragt, den weiteren jährlichen Finanzbedarf ab 2016 ff zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms *durch Umschichtung innerhalb des Budgets für Straßenbau (Produktgruppe 1201) darzustellen.*
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Fortführung des Verkehrssicherheitsprogramms im dargestellten Umfang bis 2017 zusätzliches Personal notwendig ist. Derzeit ist das zusätzliche Personal nur bis einschließlich 2013 finanziert.
5. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der jeweiligen Haushaltssituation beauftragt, diesen ab 2014 noch nicht im Haushalt berücksichtigten Personalbedarf ~~mit den finanzierbaren Möglichkeiten in die Haushaltsberatungen 2013 bzw. 2014 einzubringen und an die Finanzierung anzupassen.~~

Die CDU-Fraktion brachte einen Änderungsantrag ein:

„Erfolgreich gegen Unfälle in Münster vorgehen

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt bedauernd zur Kenntnis, dass trotz des im [Monat Jahr] beschlossenen Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ die Anzahl der Unfälle entgegen bundesweiter Trends nicht gesenkt werden konnte, sondern auch die Anzahl der Verletzten seit 2007 nahezu konstant und die Anzahl der Schwerverletzten deutlich gestiegen ist (s. auch beigefügter Artikel der Westfälischen Nachrichten vom 28. Februar 2012).
2. Der Rat der Stadt Münster bekräftigt ausdrücklich seinen Willen, Maßnahmen zur Verkehrsunfallprävention zu unterstützen und zu finanzieren, die zielgenau geeignet

sind, hohe Unfallzahlen mit ihren individuell jeweils schlimmen Folgen wirksam zu reduzieren.

3. Dazu ist das derzeitige Konzept des Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ weiterzuentwickeln. Maßgeblich dafür ist:
 - a. Angesichts knapper Haushaltsmittel sind alle zur Verfügung stehenden Investitionen für die städtische Verkehrsinfrastruktur mehrjährig – insbesondere auch unter dem Aspekt der Erhöhung der Verkehrssicherheit – so zu priorisieren, dass die fachlich fundiert begründeten Prioritäten zügig abgearbeitet und umgesetzt werden. Die Vorlagen 39/2012, 906/2011, 451/2011 und 560/2011 werden in diese Prioritätenliste eingearbeitet. Die politische Steuerung übernimmt der Ausschuss für Stadtplanung, Wohnen und Verkehr nach Vorberatung eines interfraktionellen Arbeitskreises.
 - b. In die Projektsteuerung ist ein unabhängiger Unfallanalytiker mit einzubeziehen.
 - c. Die Unfallsituation Münsters ist auf Basis des Gutachtens des GdV aus dem Jahr 200x jährlich fortzuschreiben; die bereits umgesetzten Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit hin darzustellen.
 - d. Die Vorlagen 923/2011 und 924/2011 werden unter den o. g. Gesichtspunkten überarbeitet und dann dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.
 - e. Die Polizei wird aufgefordert, jeder Gruppe der Verkehrsteilnehmer - von den Pkw-Fahrern bis zu den Fahrradfahrern - eine angemessene Aufmerksamkeit bei Verkehrskontrollen zukommen zu lassen. Dies gilt insbesondere auch für aggressive Radfahrer.“

Auf Anregungen aus dem Ausschuss änderte die CDU-Fraktion diesen Antrag ab und strich den letzten Satz aus dem Antragstext, Ziffer 3. e. erhielt demnach folgende Fassung:

- 3.e. Die Polizei wird aufgefordert, jeder Gruppe der Verkehrsteilnehmer - von den Pkw-Fahrern bis zu den Fahrradfahrern - eine angemessene Aufmerksamkeit bei Verkehrskontrollen zukommen zu lassen.“

Herr Fastermann regte zum weiteren Vorgehen an, dass die Verwaltung zur Ratssitzung Ergänzungsvorlagen E1 vorlegen möge, die die Antragsinhalte bündeln.

Herr Schultheiß fügte dem hinzu, dass die Verwaltung zur kommenden Sitzung des Ausschusses, somit vor der Ratssitzung, eine Subsummierung als Vorstufe für die möglichen Ergänzungsvorlagen aufbereiten werde. Darin sollen auch die Ergebnisse des Gespräches der Verwaltungsspitze mit dem Polizeipräsidenten und Mitarbeitern am 01.06.2012 zum Verkehrssicherheitsprogramm einfließen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL kündigte an, zur nächsten Sitzung einen Änderungsantrag zur Anpassung der Tempolimits einzubringen.

Herr Fastermann stellte fest, dass über die vorliegenden Änderungsanträge in der heutigen Sitzung ein Votum erforderlich sei, wenngleich die Verwaltung ebenso gebeten werde, ihren ergänzenden Bericht für die nächste Sitzung zu erstellen.

Abstimmungsergebnisse:

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde bei Enthaltung durch DIE LINKE einstimmig angenommen.

Der abgeänderte Antrag der CDU-Fraktion mit der gekürzten Fassung in Ziffer 3.e. wurde einstimmig angenommen.

Sodann beschloss der Ausschuss einstimmig, dem Rat die **so geänderten** Beschlussvorschläge der Vorlagen V/0923/2012 und V/0924/2012 zu empfehlen.

Die **so geänderten Beschlussvorschläge** der Vorlagen V/0923/2012 und V/0924/2012 lauten damit:

Vorlage V/0923/2012:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z.Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung ~~sewohl der Umfang als auch die Umsetzungsgeschwindigkeit der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms deutlich reduziert bzw. angepasst werden müssen~~ **und angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mitteln aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen bereit gestellt werden müssen.**
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt bedauernd zur Kenntnis, dass trotz des im [Monat Jahr] beschlossenen Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ die Anzahl der Unfälle entgegen bundesweiter Trends nicht gesenkt werden konnte, sondern auch die Anzahl der Verletzten seit 2007 nahezu konstant und die Anzahl der Schwerverletzten deutlich gestiegen ist (s. auch beigefügter Artikel der Westfälischen Nachrichten vom 28. Februar 2012).
3. Der Rat der Stadt Münster bekräftigt ausdrücklich seinen Willen, Maßnahmen zur Verkehrsunfallprävention zu unterstützen und zu finanzieren, die zielgenau geeignet sind, hohe Unfallzahlen mit ihren individuell jeweils schlimmen Folgen wirksam zu reduzieren.
4. Dazu ist das derzeitige Konzept des Masterplans „Verkehrsunfallprävention“ weiterzuentwickeln. Maßgeblich dafür ist:
 - a. Angesichts knapper Haushaltsmittel sind alle zur Verfügung stehenden Investitionen für die städtische Verkehrsinfrastruktur mehrjährig – insbesondere auch unter dem Aspekt der Erhöhung der Verkehrssicherheit - so zu priorisieren, dass die fachlich fundiert begründeten Prioritäten zügig abgearbeitet und umgesetzt werden. Die Vorlagen 39/2012, 906/2011, 451/2011 und 560/2011 werden in diese Prioritätenliste eingearbeitet. Die politische Steuerung übernimmt der Ausschuss für Stadtplanung, Wohnen und Verkehr nach Vorberatung eines interfraktionellen Arbeitskreises.
 - b. In die Projektsteuerung ist ein unabhängiger Unfallanalytiker mit einzubeziehen.
 - c. Die Unfallsituation Münsters ist auf Basis des Gutachtens des GdV aus dem Jahr 200x jährlich fortzuschreiben; die bereits umgesetzten Maßnahmen sind auf ihre Wirksamkeit hin darzustellen.

- d. Die Vorlagen 923/2011 und 924/2011 werden unter den o. g. Gesichtspunkten überarbeitet und dann dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.
- e. Die Polizei wird aufgefordert, jeder Gruppe der Verkehrsteilnehmer - von den Pkw-Fahrern bis zu den Fahrradfahrern - eine angemessene Aufmerksamkeit bei Verkehrskontrollen zukommen zu lassen.

Die Darstellung der folgenden Beschlusspunkte der Ursprungsvorlage (Ziffern alt 2 -7) wird in der Ergänzungsvorlage ggf. an die vorstehenden geänderten Beschlusspunkte angepasst.

Bisherige Fassung:

- 5. Die „Unfallanalysen der Zeiträume 2004 – 2006 und 2008 – 2010 (Anlagen 1.1 und 1.2)“ und der Bericht zur Auswertung der „Unfallentwicklung von 2004 – 2010 (Anlage 2)“ werden zur Kenntnis genommen.
- 6. Die vorgelegte „Prioritätenliste 2012 - 2013“ bildet den Schwerpunkt für die Verkehrssicherheitsmaßnahmen 2012 – 2013 zur „Beseitigung von Unfallhäufungsstellen (UHS) und Unfallhäufungslinien (UHL)“. Die Verwaltung wird hierzu entsprechende Planungs- und Baubeschlüsse sukzessive vorlegen.
- 7. Die Umsetzung „präventiver Maßnahmen der Radwegerevision (Anlage 3)“ erfolgt als laufendes Geschäft der Verwaltung. Hierfür wird ein separates Budget veranschlagt. Die erforderliche Höhe wird in einer separaten Vorlage (V/0924/2011) zur nachhaltigen Finanzierung des Verkehrssicherheitsprogramms dargestellt.
- 8. Die Umsetzung „sonstiger präventiver Verkehrssicherheitsmaßnahmen“ außerhalb von UHS und UHL erfolgt durch gesonderte Beschlussvorlagen. Die vorgelegten Einzelmaßnahmen zur Verkehrsunfallprävention (Anlage 4) und die Priorisierung der Signalanlagen wird zur Kenntnis genommen.
- 9. Die Verwaltung schreibt den „jährlichen Bericht zur Unfallentwicklung“ fort und legt unter Berücksichtigung des Fachberichtes der Polizei zur Verkehrsunfallentwicklung des Vorjahres eine aktualisierte Prioritätenliste für die geplanten Verkehrssicherheitsmaßnahmen zweier Folgejahre vor.
- 10. Der Antrag der SPD-Fraktion V/0599/2011 „Mehr Transparenz und Tempo bei der Verkehrsunfallprävention“ vom 17.05.2011 sowie der dazu im ASSVW am 15.09.2011 beschlossene Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen: ***Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen wird in der Ergänzungsvorlage ggf. an den geänderten Beschlussvorschlag angepasst.***

Bisherige Fassung:

Mit dieser Vorlage ergeben sich unmittelbar keine finanziellen Auswirkungen. Es ist jedoch absehbar, dass die im Rahmen der Grundsatzvorlage V/0997/2008 „Fortschreibung des Masterplanes Verkehrsunfallprävention 2008 und Aufstellung eines Verkehrssicherheitsprogramms Münster 2009-2013“ veranschlagten Mittel bis 2013, wie bereits in der Vorlage selber angemerkt wurde, aus verkehrlicher Sicht nicht auskömmlich sein werden. Um aber auch das finanzpolitische Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2020 zu erreichen, ist das wünschenswerte Programm sowohl im Umfang wie auch der Umsetzungsgeschwindigkeit deutlich

zu reduzieren und anzupassen. Das noch Machbare wird zur nächsten Haushaltsplanaufstellung abgewogen und angemeldet, bzw. angepasst. Der darüber hinausgehende Mittelbedarf wird mit der separaten Vorlage V/0924/2011 „Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms“ zur nachhaltigen Finanzierung des Verkehrssicherheitsprogramms dargestellt.

Vorlage V/0924/2012:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass angesichts des Ziels eines ausgeglichenen Haushaltes in 2020 bei Defiziten von z. Z. 83 Mio. € in der Finanzplanung ~~sowohl der Umfang als auch die Umsetzungsgeschwindigkeit der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms deutlich reduziert bzw. angepasst werden müssen~~ und **angesichts der weiterhin hohen Unfallzahlen das Verkehrssicherheitsprogramm fortgeführt wird und die erforderlichen Mitteln aus dem Budget des Tiefbauamtes durch Umschichtungen bereit gestellt werden müssen.**
2. Wie in der Vorlage V/0923/2011 dargestellt kann das vom Rat beschlossene Verkehrssicherheitsprogramm 2009 bis 2013 nicht abgeschlossen werden und soll fortgeführt werden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass dafür ein zusätzlicher Finanzbedarf (für Sachkosten) ab 2014 ff in Höhe von 2,2 Mio. € entsteht. Diese Finanzmittel sind anteilig für die Jahre 2014 und 2015 bereits im Haushaltsplan 2012 berücksichtigt ~~und werden nach der Finanzierbarkeit angepasst.~~
3. Die Verwaltung wird ~~unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der jeweiligen Haushaltssituation beauftragt, den weiteren jährlichen Finanzbedarf ab 2016 ff zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms zu den zukünftigen Haushaltsberatungen anzumelden~~ **durch Umschichtung innerhalb des Budgets für Straßenbau (Produktgruppe 1201) darzustellen.**
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Fortführung des Verkehrssicherheitsprogramms im dargestellten Umfang bis 2017 zusätzliches Personal notwendig ist. Derzeit ist das zusätzliche Personal nur bis einschließlich 2013 finanziert.
5. Die Verwaltung wird unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der jeweiligen Haushaltssituation beauftragt, diesen ab 2014 noch nicht im Haushalt berücksichtigten ~~Personalbedarf mit den finanzierbaren Möglichkeiten~~ in die Haushaltsberatungen 2013 bzw. 2014 einzubringen ~~und an die Finanzierung anzupassen.~~

II. Finanzielle Auswirkungen: ***Die Darstellung der finanziellen Auswirkungen wird in der Ergänzungsvorlage ggf. an den geänderten Beschlussvorschlag angepasst.***

Bisherige Fassung:

Zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms besteht neben den bisher bereitgestellten rund 2,8 Mio. € ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von zunächst 2,2 Mio. €, der aber nicht finanzierbar ist.

Des Weiteren werden die befristet eingesetzten, zusätzlichen Personalkapazitäten (je 2 Stellen für Planung, Bauvorbereitung, -durchführung in den Ämtern 61 und 66) auch über das Jahr 2013 aus verkehrsfachlicher Sicht hinaus benötigt. Diesen weiterhin erforderlichen Personalbe-

darf, der mit Personalaufwendungen i.H.v. 268.600 € jährlich verbunden ist, wird die Verwaltung angesichts der angestrebten Haushaltskonsolidierung bis 2020 einsparen müssen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Vorlage noch keine Entscheidungen über die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsermächtigungen und letztlich über die Durchführung der genannten Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms getroffen werden. Hierüber ist vielmehr im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen unter Berücksichtigung der dann gegebenen Finanzlage der Stadt zu entscheiden. Angesichts weiterer möglicher Konsolidierungsschritte gilt, dass das Verkehrssicherheitsprogramm zeitlich weiter gestreckt werden muss.

Hinweis:

Die Verwaltung wird zur kommenden Sitzung des Ausschusses eine Subsummierung als Vorstufe für die möglichen Ergänzungsvorlagen aufbereiten; diese werden dann zur Ratssitzung erstellt.

Punkt 8.2 der Tagesordnung V/0924/2011

Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 8.1 und wird an der dortigen Stelle in der Niederschrift dokumentiert.

Punkt 8.3 der Tagesordnung V/0039/2012

Kappenberger Damm/Düesbergweg/Geringhoffstraße - Ausbau von barrierefreien Haltestellen (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2012) und Beseitigung einer Unfallhäufungsstelle

Herr Dr. Bonn brachte einen Änderungsantrag ein:

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft möge beschließen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Beschlussvorlage zum Ausbau der drei barrierefreien Haltestellen entsprechend der Planung des o. a. Vorschlags wird abgelehnt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung barrierefreier Haltestellen als Knotenpunkt zu entwickeln, und zwar die vorhandene Haltestelle (Busbucht) „Düesbergpark A“ auf dem Kappenberger Damm (stadteinwärts) auf der gegenüberliegenden Straßenseite in Höhe der Häuser 156/168 neu einzurichten, an denen die Linienbusse 7 - Richtung Ottmarsbocholt - und Linie 2 - Richtung Clemenshospital/Endstation - halten können, um den Busbenutzern ein unbehindertes Umsteigen zu ermöglichen.“

Die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) hatte einen Beschluss zu dieser Vorlage gefasst:

„Die KIB empfiehlt dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft folgenden Beschluss zu fassen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Beschlussvorschlag zur Vorlage V/0039/2012 „Kappenberger Damm/ Düesbergweg/ Geringhoffstraße – Ausbau von barrierefreien Haltestellen (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2012) und Beseitigung einer Unfallhäufigkeitsstelle“ wird abgelehnt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung barrierefreier Haltestellen als Knotenpunkt zu entwickeln, und zwar aus zwei gegenüberliegenden Haltestellen am Kappenberger Damm vor der Kreuzung stadteinwärts, an denen sowohl die Linienbusse 7 (Richtung Ottmarsbocholt) als auch die Linienbusse 2 (Richtung Clemenshospital) halten können, um den Busbenutzern ein unbehindertes Umsteigen zu ermöglichen.
3. Diese Kreuzung ist mit einer Blindensignalanlage auszustatten.

II: Finanzielle Auswirkungen:

Da nicht drei Haltestellen an verschiedenen Straßenteilen, sondern nur zwei gegenüberliegend an einem Straßenteil errichtet werden, können sich die Kosten ggf. bis zu einem Drittel mindern.“

Herr Pott erläuterte nochmals die wesentlichen Inhalte, mit denen die Verwaltung Stellung zum Beschluss der KIB genommen und die Zielrichtung der Vorlage bestätigt hatte.

Herr Werner regte an, bei der Anfahrt der Haltestellen Siebenbürgenweg und Oberschlesier Straße die Ansage „Umsteigemöglichkeit zwischen den Linien 2 und 7“ vorzusehen.

Herr Fastermann empfahl zudem, diese beiden Haltestellen in das Wartehallenprogramm aufzunehmen, um den Wetterschutz für diese bevorzugten Umsteigepunkte sicherzustellen.

Nach der Aussprache erklärte Herr Dr. Bonn, dass sein Antrag inhaltlich im Beschluss der KIB enthalten sei und verzichtete auf eine separate Abstimmung.

Abstimmungsergebnisse:

Der Beschlusspunkt 3 des KIB-Beschlusses wurde einstimmig angenommen.

Die Beschlusspunkte 1 und 2 des KIB-Beschlusses wurden einstimmig **abgelehnt**.

Daraufhin beschloss der Ausschuss einstimmig den **so geänderten** Beschlussvorschlag der Vorlage.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Planung von Juli 2011 zum barrierefreien Ausbau der drei Haltestellen „Düesbergpark“ und zur Verbesserung der Radwegführung im Knotenpunkt Kappenberger Damm/ Geringhoffstraße/ Düesbergweg wird zugestimmt. **Die Kreuzung wird mit einer Blindensignalanlage ausgestattet.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen- und anlagen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012	205.000	3 barrierefreie Haltestellen
				123.000	Instandsetzung Fahrbahn
				84.000	Ordnungspartnerschaft/ Beseitigung UHS
Insgesamt				412.000	

Einzahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen- und anlagen			
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2013	164.000	Förderung barrierefreier Umbau der Haltestellen NWL
Insgesamt:				164.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Aufwendungen sind im Haushaltplan 2012 bei der genannten Produktgruppe veranschlagt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Umsetzung der Maßnahme des barrierefreien ausbaus der genannten Haltestellen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch das Land steht.

**Punkt 8.4 der Tagesordnung
V/0451/2011/1**

**Planungsbeschluss neue Fußgängersignalanlage
Kappenberger Damm/Werneweg/Kriegerweg**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig in der Fassung der Ergänzungsvorlage E1.

Beschluss:**I. Sachentscheidung:**

Der Planung zur Einrichtung einer neuen Fußgängerlichtsignalanlage gemäß Anlage 1 am Kappenberger Damm in Höhe Werneweg wird zugestimmt. Der Bau soll erst erfolgen, wenn die veranschlagten Mittel im Jahr 2011 (oder Folgejahre) nicht für dringende Maßnahmen der Unfallbeseitigung benötigt werden und steht unter dem Vorbehalt eines entsprechend begründeten Baubeschlusses.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 70.000 € stehen im Teilfinanzplan nachstehender Produktgruppe wie folgt zur Verfügung:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	0008	Verkehrsanlagen, Neubau und Erneuerung			
Auszahlungen			2011	70.000	
Einzahlungen				0	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				70.000	

**Punkt 8.5 der Tagesordnung
V/0560/2011**

**Ausbau der Fußgängerampel Westfalenstraße/An
der Alten Kirche/Friedhofstraße zur Kreuzungsam-
pel
Planungsbeschluss**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:**I. Sachentscheidung:**

Der Planung zur Erweiterung der bestehenden Fußgängersignalanlage Westfalenstraße/ An der Alten Kirche/ Friedhofstraße zu einer Kreuzungssignalanlage gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 80.000 € stehen im Teilfinanzplan nachstehender Produktgruppe wie folgt zur Verfügung:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrs- flächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	4148	Ordnungspartnerschaft / Be- seitigung Unfallschwerpunkte			
Auszahlungen			2011	80.000	
Einzahlungen				0	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				80.000	

**Punkt 8.6 der Tagesordnung
V/0906/2011**

**Querungssituation an den Lichtsignalanlagen Al-
bersloher Weg/Homannstraße und Blaukreuzwäld-
chen**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

- 1.1. Der Bericht zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.09.2011 (Anlage 1) zur LSA Albersloher Weg/Homannstraße wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2. Der Installation eines zusätzlichen Vorsignals (Anlage 2) zur verbesserten Schulwegsicherung an der Unfallhäufungsstelle LSA Albersloher Weg/Homannstraße wird zugestimmt.
2. Der Planung einer zusätzlichen Anforderungsmöglichkeit und eines Vorsignals (Anlage 3) an der LSA Albersloher Weg/Blaukreuzwäldchen wird zugestimmt. Die Realisierung steht unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung und einer entsprechenden Priorität mit der Vorlage V/0923/2011 „Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherungsprogramms“.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrs- flächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	4148	Ordnungspartnerschaft / Be- seitigung Unfallschwerpunkte			
Auszahlungen			2012	14.000	Zu 1.2

Investitionsmaßnahme	0008	Verkehrsanlagen, Neubau und Erneuerung			
Auszahlungen			2012	16.000	Zu 2
Einzahlungen				0	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				30.000	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das zusätzliche Vorsignal (zu 1.2) an der LSA Albersloher Weg/Homannstraße einmalige Kosten in Höhe von 14.000,00 € anfallen, die als Verkehrssicherheitsmaßnahme an einer auffälligen Unfallhäufungsstelle aus Mitteln der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention finanziert werden soll und in der o. g. Produktgruppe zur Verfügung stehen.

Die Kosten für die zusätzliche Anforderungsmöglichkeit und ein Vorsignal an der LSA Albersloher Weg/Blaukreuzwäldchen (zu 2) belaufen sich auf ca. 16.000,00 €. Für diese präventive Verkehrssicherheitsmaßnahme (keine Unfallhäufungsstelle) stehen Mittel nur zur Verfügung, wenn diese Maßnahme mit der Vorlage V/0923/2011 „Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms“ die entsprechende Priorität erhält.

**Punkt 8.7 der Tagesordnung
V/0054/2012**

"Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen"
Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. A-R/0032/2009

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 8.8 der Tagesordnung
V/0163/2012**

Ergänzung der Lichtsignalanlage Warendorfer Straße/Dechaneistraße/Wiener Straße

hierzu auch: Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfauftrag aus der Sitzung am 03.05.2012

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 8.9 der Tagesordnung
V/0299/2012**

Beantragung und Bewilligung von Zuschussmaßnahmen nach den Richtlinien zur Förderung des Kommunalen Straßen- und Radwegebaus (FöRi-kom-Stra) ab 2013

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 8.10 der Tagesordnung
V/0391/2012**
**ÖPNV-Förderung gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW in
Münster**
Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht zum Förderjahr 2011, das erstmalig auf Basis der neu eingeführten Richtlinie zur Verwendung der Mittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW durchgeführt wurde, wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Anpassungen der Förderrichtlinie und den Ergänzungen in Anlage 1 der Richtlinie wird zugestimmt. Zukünftige Anpassungen bedürfen der Beschlussfassung durch den Rat nur, wenn die Förderziele der Richtlinie geändert werden sollen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG vorzusehenden Zahlungen an die Verkehrsunternehmen vorrangig Ausstattungsmerkmale zu fördern, die den Nutzern des ÖPNV unmittelbar zu Gute kommen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Anpassungen der Förderrichtlinie zur Verwendung der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW keine Veränderung auf den Haushaltsplan haben, da die Richtlinie nur die Weiterleitung der Fördermittel an die Verkehrsunternehmen regelt.

**Punkt 8.11 der Tagesordnung
V/0181/2012**
Dorbaumstraße - Ausbau des gemeinsamen Geh- und Radweges auf der Nordseite zwischen Am Hof zur Linde und dem Anschluss östlich Wersedaibe und barrierefreier Ausbau der Haltestelle Drotestraße, stadteinwärts (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2013)
Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage einstimmig.

Beschluss:
I. Sachentscheidung:

1. Der Planung von März 2012 zum Ausbau des gemeinsamen Geh- und Radweges auf der Nordseite der Dorbaumstraße zwischen am Hof zur Linde bis etwa 70m östlich Wersedaibe wird zugestimmt.
2. Der Planung von März 2012 zum barrierefreien Ausbau der Haltestelle „Drotestraße“ (stadteinwärts) wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen- und anlagen			
Zeile					
Aufwand	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013	70.000	barrierefreie Haltestelle
Ertrag	02	Zuweisungen und allgemeine Umlagen	2013	59.500	Förderung barrierefreier Umbau der Haltestelle NWL
Insgesamt				10.500	

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen- und anlagen			
Investitionsmaßnahme	0007	Verkehrsflächen, Neubau und Erneuerung			Geh- und Radweg
Auszahlung			2013	90.000	
Einzahlung			2013	63.000	Förderung des Geh- und Radweg FöRi-kom-Stra
Summe aller Auszahlungen/Saldo				27.000	

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2013 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Umsetzung der Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch das Land steht.

Punkt 9 der Tagesordnung**Bauvorhaben****Punkt 9.1 der Tagesordnung****Martin-Luther-King-Weg - Neubau Bürogebäude**

Der Ausschuss schloss sich den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates an und erteilte auf dieser Grundlage einvernehmlich die Zustimmung zu diesem Bauvorhaben.

Punkt 10 der Tagesordnung**Verschiedenes**

In der letzten Sitzung war anlässlich eines Bauvorhabens an der Sonnenstraße gefragt worden, ob die Nutzung der Erdgeschossenebene zum Parken nicht verhindert werden könne, da diese Ansicht sehr unattraktiv sei.

Herr Krause berichtete hierzu, dass diese Nutzung mit den reinen Paragraphen des Bauordnungsrechts nicht zu verhindern sei.

Theoretisch gäbe es zwei Instrumente: zum einen die Aufstellung eines Bebauungsplans, mit dem die Nutzung im Erdgeschoss zwingend festgesetzt werde sowie zum anderen eine Stellplatzverbotssatzung mit der daraus resultierenden Pflicht zur Ablösung des Stellplatzbedarfes. Beide Möglichkeiten würden wahrscheinlich eher nachteilige Wirkung entfalten und seien sicher nur in ganz speziellen Fällen anwendbar.

Der Ausschuss dankte für die Informationen.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 20.28 Uhr

gez.

Thomas Fastermann
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung

Antrag:

31.05.2012

Aufnahme eines Bebauungsplanverfahrens
im Bereich Kleikamp/Brunnenviertel



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Windthorststr. 7
48143 Münster

Fon 0251 / 8 99 58 10
Fax 0251 / 8 99 58 15
ratsfraktion@gruene-muenster.de
www.gruene-muenster.de

Der ASSVW möge beschließen:

Für den Bereich Kleikamp/Brunnenviertel ist ein Bebauungsplanverfahren zur Steuerung der städtebaulichen und strukturellen Entwicklung in das Arbeitsprogramm aufzunehmen.

Begründung:

In dem Bereich Kleikamp/Brunnenviertel gibt es aufgrund Generationswechsels seit einigen Jahren zunehmende Bautätigkeit. Da kein Bebauungsplan besteht, ist die bauliche Entwicklung nach § 34 BauGB zu beurteilen. Allerdings zeigt es sich, dass die Bauvorhaben zunehmend voluminös ausfallen und dass die Neubauten die vorhandene Bebauung nach Umfang und Höhe bei weitem übertreffen.

Das Viertel und seine Bewohner geraten dadurch unter Umnutzungsdruck. Es entsteht die Gefahr, dass die alteingesessene Bewohnerschaft auch ökonomisch unter Druck gesetzt und verdrängt wird.

Um eine verträgliche bauliche und strukturelle Weiterentwicklung in diesem Stadtbereich sicherzustellen soll deshalb ein Bebauungsplan aufgestellt werden."

gez.

Helga Bennink
Carsten Peters
Reinhard Scholz
Christine Schulz

31. Mai 2012

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Antrag

Internet-Zugang in Münsters Bussen

Der Rat / Ausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Münster die Einführung eines öffentlichen Internet-Zugangs für die Fahrgäste in den Stadtbussen in Münster zu prüfen.

Begründung:

Münsters öffentlicher Nahverkehr ist sehr attraktiv. Mit modernen Fahrzeugen und in dichtem Takt sind die Münsteranerinnen und Münsteraner per Bus mobil. Die Größe des Stadtgebiets bringt es aber mit sich, dass Reisezeiten von 20 bis 30 Minuten nicht ungewöhnlich sind. Damit die Fahrgäste die Reisezeit effektiv nutzen können, soll geprüft werden, wie ihnen ein Internet-Zugang während der Fahrt ermöglicht werden kann. Dadurch könnte eine deutliche Attraktivitätssteigerung erreicht werden.

Mobile Endgeräte (Telefone, Tablet-Computer, iPod) machen den Internet-Zugang auch von unterwegs möglich. Allerdings braucht es dafür entweder eine Verbindung über das Handynet oder einen Zugang über ein WLAN. Verkehrsunternehmen wie der Regionalverkehr Münsterland oder die Basler Verkehrsbetriebe setzen seit kurzem eine Technik ein, mit der in den Bussen ein mobiles WLAN für die Fahrgäste geöffnet wird und sie so schnell, bequem und kostenlos einen Internet-Zugang erhalten und die Fahrtzeit besser nutzen können.

Darum soll die Verwaltung zusammen mit dem Verkehrsmanagement der Stadtwerke Münster die technischen und finanziellen Voraussetzungen prüfen, wie dies auch in Münster realisiert werden kann.

gez.
Thomas Fastermann
SPD-Fraktion

gez.
Stefan Weber
CDU-Fraktion



31. Mai 2012

Antrag

Sicherung und Verbesserung der Infrastruktur in Münster-Nienberge

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der gültige Bebauungsplan für das Neubaugebiet Waltruper Weg so geändert werden kann, dass die Ansiedlung eines Discounters neben dem bestehenden Edeka-Markt möglich ist und dieser seine Verkaufsfläche erweitern kann. Falls dies möglich ist, soll eine entsprechende Änderung des Bebauungsplans vorbereitet werden.

Begründung:

In Nienberge gibt es aktuell einen Vollsortimenter im Ortskern und einen kleineren Markt am Von-Schönebeck-Ring. Der Discounter im Ortskern hat mitgeteilt, diesen Standort aufzugeben, da die Verkaufsfläche zu klein und eine Erweiterung am Standort nicht möglich ist. Dies hat zur Folge, dass der Stadtteil Nienberge einen wichtigen Baustein der Grund- und Nahversorgung im preisgünstigen Segment verliert. Für den Einzelhandelsstandort Nienberge hätte dies gravierende negative Folgen. Daher soll mit der Änderung des Bebauungsplans zum einen die Erweiterung des bestehenden Vollsortimenters auf eine marktübliche Größe ermöglicht werden, zum anderen auf dem benachbarten Grundstück ein Discounter mit einer Verkaufsfläche von rund 1200 qm entstehen können. Die Überland-Stromleitung der RWE ist nach Aussagen eines Interessenten kein Problem bei der Umsetzung dieses Vorhabens.

gez. Benning
und Fraktion



31. Mai 2012

Anregung an die Verwaltung
Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Nr. 530 St.
Mauritz - Schmittingheide / Eltropweg / Hegerskamp

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster bittet die Verwaltung, in die Planungen für das Neubaugebiet an der Schmittingheide die von den Anwohnern im Rahmen des Anhörungstermins am 23.05.2012 geäußerten Sorgen, Bedenken und Anregungen einfließen zu lassen. Dabei soll besonders noch einmal die Situation des ruhenden Verkehrs im Neubaugebiet, aber vor allem auch in den angrenzenden Seitenstraßen wie dem Eltropweg und den drei Stichstraßen der Schmittingheide daraufhin geprüft werden, ob es möglich ist, Anwohnerparkplätze einzurichten. Damit soll zu einer Entspannung der Parkplatzsituation beigetragen werden.

Für die Fraktion:

RH von Göwels